Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger Schwerter Volkszeitung Schwerter Volksblatt

Westhofener Zeitung · Aplerbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerteruhr. Tel. 92. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ✦ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ✦ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 281 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Freitag, den 30. November 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Der Goldumrechnungssatz.

wb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuern beträgt am 30. November eine Billion.

Das Verbot der Deutschvölkischen Partei.

bb **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) General von Seeckt hat den Einspruch des Reichstagsabg. Henning gegen das Verbot der Organisation und der Einrichtungen der deutschvölkischen Freiheitspartei abgewiesen.

Ein mittelloser Schlichtungsausschuß.

* **Essen**, 29. Nov. (Privattel.) Der staatliche Schlichtungsausschuß in Düsseldorf hat, laut Essener Arbeiterzeitung, seine Tätigkeit eingestellt, weil ihn die Regierung nicht weiter finanziere. Die Klagevertreter mußten infolgedessen abgewiesen werden.

Neue und alte Postwertzeichen.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Postsendungen, die nach der Ausgabe der neuen wertbeständigen Postwertzeichen am 1. Dezember noch mit Freimarken der bisherigen Art in Papiermarkwährung nach dem Nennwert der Marken zu den wertbeständigen Sätzen richtig freigemacht werden, werden solange nicht beanstandet, bevor diese Marken als ungültig erklärt werden.

Pirmasens von Separatisten besetzt.

wtb. **München**, 29. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung aus Pirmasens besetzten die Separatisten heute vormittag Pirmasens. Die öffentlichen Gebäude befinden sich in ihrer Hand.

Die Botschafterkonferenz.

wtb. **Paris**, 29. Nov. (Tel.) Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon am Quai d'Orsay zusammengetreten. Eine amtliche Mitteilung wurde nicht ausgegeben. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Leipziger Zwischenfällen, bei denen ein belgischer Offizier und ein französischer Unteroffizier von der interalliierten Kontrollkommission durch die Reichswehr festgenommen wurden. Die Konferenz setzt die Prüfung der Angelegenheit im Laufe der nächsten Sitzung fort.

Ein Dementi.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Nach Dresdner Meldungen behauptete der sächsische Ministerpräsident Fellisch im gestrigen Landtag, daß der Reichskanzler Dr. Stresemann ihn in der Nacht zum 9. 11. nach dem Militärputsch in München telegraphisch um Sachsens Hilfe gegen Bayern gebeten habe. Die Reichsregierung gibt eine Darstellung, die diese Behauptung als unrichtig erweist.

Die Arbeitslosenzahl.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Im unbesetzten deutschen Gebiet betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. November 1 250 000 gegenüber 943 000 am 1. November, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 772 000 gegenüber 1 703 000. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird unverändert auf über zwei Millionen geschätzt.

Der angebliche Freihafen für die Schweiz.

wtb. **Bern**, 28. Nov. Entgegen einer Meldung des Matin, Italien habe der Schweiz die kleine Stadt Vado bei Savona als Freihafen angeboten und wolle der Schweiz seine Unterstützung in dem Streitfall mit Frankreich über die Freizonen anbieten, ist die schweizerische Depeschenagentur in der Lage, mitzuteilen, daß an maßgebender Stelle in der Schweiz von einem solchen Angebot nichts bekannt ist. Uebrigens liege es auch kaum in der Richtung der schweizerischen Politik, mit einem Lande eine Bindung über den Seeverkehr einzugehen.

Unglück bei der Londoner Untergrundbahn.

bb **Berlin**, 29. Nov. (Privattel.) Nach einer Meldung des Lokal-Anzeigers aus London stürzte gestern abend auf der ältesten Londoner Untergrundbahn die Decke ein. Die Erdmassen begruben einen Zug unter sich. Die Passagiere erlitten jedoch keine Verletzungen. Nach dem Einsturz ereignete sich infolge Rohrbruchs eine Gasexplosion, durch welche ein Teil der Straße in die Luft geschleudert wurde und eine Eisenbahnbrücke, über die gerade ein Zug fuhr, in Brand geriet.

Beleidigungsprozeß des früheren Kaisers.

bb **Berlin**, 28. Nov. In dem Beleidigungsprozeß des ehemaligen Kaisers gegen den Dortmunder General-Anzeiger wurde Termin vor dem Dortmunder Amtsgericht auf den 17. Dezember angesetzt.

Lieferungsverhandlungen mit Italien.

wtb. **Paris**, 29. Nov. (Tel.) Nach einer Mitteilung des Matin habe die italienische Regierung zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung und dem Reichsverband der deutschen Industrie in der Frage der Lieferungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten Vertreter nach Deutschland entsandt.

Studentenschlägereien in Wien.

wtb. **Wien**, 29. Nov. (Tel.) Heute vormittag wiederholten sich auf der Rampe der Universität die Schlägereien zwischen Studenten verschiedener Parteien, so daß die Polizei zum Einschreiten gezwungen war. Das Hauptor der Universität ist wegen dieser Vorgänge geschlossen worden, doch wurden die Vorlesungen nicht gestört.

Der Schah in Frankreich.

wtb. **Marseille**, 29. Nov. (Tel.) Der Schah von Persien ist hier angekommen.

Gegenrevolutionäre Organisation in Kiew.

wtb. **Moskau**, 20. Nov. (Tel.) Nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur wurde eine gegenrevolutionäre Organisation in Kiew aufgedeckt. Die Mitglieder der Organisation wurden verhaftet; ihre Tätigkeit bestand in bezahlter militärischer Spionage für das Ausland und für Polen.

Ein Reichskabinett Marx – Stresemann.

Auch Stegerwalds Bürgerblock gescheitert.

NDB **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Auf das Ersuchen der deutschnationalen Fraktion des Landtages, sich über die Frage einer Aenderung der großen Koalition in Preußen zu äußern, traten heute vormittag die bürgerlichen Fraktionen des Landtages zu einer Sitzung zusammen. Die demokratische Fraktion nahm einstimmig folgenden Beschluß an: Die Landtagsfraktion der deutsch-demokratischen Partei lehnt es ab, jetzt auch noch in Preußen eine Regierungskrisis herbeizuführen. — Die Zentrumsfraktion faßte folgende Entschließung: Nachdem alle anderen Versuche zur Bildung eines Reichskabinetts gescheitert sind, erkennt die preußische Landtagsfraktion die Absicht, eine Reichsregierung unter Hinzuziehung der Deutschnationalen zu bilden, als richtig an. Sie hält aber einen sachlichen Grund nicht für gegeben, in der preußischen Regierung jetzt eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Entwicklung der Verhältnisse im Reich bleibt abzuwarten. — Die Deutsche Volkspartei des Landtages hatte am Vormittage ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen. Die Verhandlungen sollen am Nachmittag nach der Plenarsitzung des Landtages fortgesetzt werden. Wie wir hören, wird die Entschließung der Deutschen Volkspartei nicht ablehnend, sondern bedingt zusagend gehalten werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

Durch Rücktritt des Kabinetts Stresemann hätte der parlamentarische Brauch es erfordert, daß eine der Oppositionsparteien mit der Kabinettsbildung betraut worden wäre. Das ist nicht geschehen. Vielmehr haben Sie, Herr Reichspräsident, Versuche auf verschiedenen Wegen zur Neubildung einer Reichsregierung unternommen, die gescheitert sind. Inzwischen haben sich sowohl die außenpolitische Lage des Reiches, wie auch die seelische und wirtschaftliche Not des deutschen Volkes so verschärft, daß eine weitere Hinauszögerung der Kabinettsneubildung nicht verantwortet werden kann. Das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit erwartet Abwandelung von der bisherigen Regierungsmethode und eine Neuorientierung nach rechts. Wenn der Reichstag in dieser überalterten Zusammensetzung nicht fähig ist, der Stimmung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, so müssen Sie, Herr Reichspräsident, die Entscheidung des Volkes anrufen und der neu zu bildenden Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages übergeben. Unter solchen Voraussetzungen stellen wir uns zur Regierungsneubildung zur Verfügung.

NDZ. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Im Laufe des heutigen Nachmittags war die Lösung der Regierungskrise im Reich noch immer eine Frage. Die deutschnationale Fraktion erklärte, daß ihr nach Ablehnung ihres Verlangens, die große Koalition in Preußen entsprechend zu ändern, die Möglichkeit genommen sei, sich an einem Kabinett Stegerwald zu beteiligen, denn eine wirksame nationale Politik im Reiche erscheine undurchführbar, wenn die sozialdemokratische Partei in der preußischen Regierung vertreten sei. Infolgedessen wird das Kabinett Stegerwald für abgetan erachtet. Stegerwald hat endgültig seinen Verzicht mitgeteilt. Die Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien laufen dauernd weiter.

NDZ. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Wie wir erfahren, betraute in den Abendstunden der Reichspräsident den Zentrumsabgeordneten Marx mit der Kabinettsbildung. Das Kabinett wird sich auf die Koalition der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten mit wohlwollender Neutralität der Sozialdemokraten stützen. Es steht zu erwarten, daß der bisherige Kanzler Dr. Stresemann den Posten des Außenministers übernehmen wird.

(Ein solches Kabinett würde allein über keine Mehrheit verfügen, so daß wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie Voraussetzung wäre. Die sozialdemokratische Fraktion tritt erst Freitag nachmittag zusammen.)

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Die Verhandlungen des Abg. Marx über die Kabinettsbildung sind soweit vorgeschritten, daß sie voraussichtlich morgen vormittag zum Abschluß gebracht werden.

(Marx, der Führer des Zentrums, hat am 15. Januar sein 60. Lebensjahr vollendet. Er ist in Köln als Sohn eines Schulrektors geboren. 1891 war er Landrichter in Elberfeld, seit 1921 ist er Senatspräsident am Kammergericht in Berlin. Marx wurde 1899 Landtagsabgeordneter und 1910 kam er in den Reichstag.)

Deutsche Nothilfe.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Ein „Deutsche Nothilfe" betitelter, vom Reichspräsidenten, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder unterzeichneter Aufruf besagt:

Schwere wirtschaftliche Not lastet auf dem deutschen Volke. Unermeßlich gestiegen ist das Elend. Kinder und Greise hungern, Millionen schaffensfreudiger Männer und Frauen sind durch den Druck, der auf den besetzten Gebieten am Rhein und der Ruhr lastet, aus Arbeit und Verdienst getrieben. Not und Elend sind so groß, der Darbenden sind so viele, daß die Kraft des Staates nicht ausreicht. In aufopfernder Notgemeinschaft muß deshalb das deutsche Volk die zusammenbrechende Hilfe von Reich und Land zu stützen und das drohende Unheil abwenden. An alle Deutschen ergeht darum der Ruf: Helft mit Geld und Gut. Gedenkt aller Deutschen, die hinsiechen in Hunger und Entbehrung. Gedenkt insbesondere der ungesühnten Leiden, die eure Brüder und Schwestern im Westen so viele Monate erdulden, gedenkt des verzweifelten Kampfes, den sie jetzt um das nackte Dasein, um ihre Zugehörigkeit zum Reiche führen. Teilt, was ihr irgend entbehren könnt, mit euren darbenden Volksgenossen. Aber nicht nur an Deutsche ergeht der Ruf, sondern an alle, die mitfühlen mit dem furchtbaren Schicksal des gequälten deutschen Volkes. Im Kampfe gegen die Hungersnot schließt sich das deutsche Volk zu einer großen Gemeinschaft zusammen.

Sämtliche gleichgerichtete Hilfs- und Sammelorganisationen wirken in ihrem Dienst. Deutsche Nothilfe soll sie heißen. Folgt ihrem Ruf.

Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin NW 8, Wilhelmstr. 62. Spenden nehmen alle Banken, Sparkassen und Postanstalten entgegen. Die Durchführung der Sammlungen deutscher Nothilfe ist den bestehenden Organisationen des deutschen Volkssp'ers übertragen worden. Es wird also keine neue Organisation geschaffen. Eine bedeutende Anzahl von großen Verbänden hat sich bereits in den Dienst der deutschen Nothilfe gestellt.

Die Aufgaben der Reichsbank.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) In der heutigen Zentralausschußsitzung der Reichsbank gab der Vizepräsident von Glasenap eine programmatische Erklärung über die zukünftigen Aufgaben der Reichsbank ab, worin er u. a. ausführt: Mit dem Beginn der Ausgabe der Rentenbankscheine darf das Reich keine weiteren Schatzanweisungen mehr diskontieren. Damit ist die Entwicklung zum Stillstand gekommen, welcher die nahezu völlige Entwertung der Reichsbanknoten verschuldet hat. Die Frage der Papiermark ist aber angesichts des jetzt ausgegebenen wertbeständigen Geldes durchaus nicht nebensächlich. Die Reichsbanknote ist und bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel, und zwar abgesehen von den nicht ins Gewicht fallenden Reichskassenscheinen, das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland. Die ausländischen Devisen werden nach wie vor in Papiermark notiert. Eine weitere Verschlechterung der Papiermark durch weitere Inflation infolge der Reichskredite ist beseitigt. Durch die Bestimmung der Rentenbankverordnung, wonach das Reich mit Hilfe eines ihm von der Rentenbank zinslos zu gewährenden Darlehns seine bei der Reichsbank aufgenommene schwebende Schuld abdecken muß, ist die Grundlage für eine Besserung und für einen Wiederaufbau der Papiermark gegeben. An Stelle der schwebenden Schuld des Reiches tritt hiernach ein greifbares und realisierbares Aktivum. Der für die schwebende Schuld des Reiches der Reichsbank zur Verfügung zu stellende Betrag von 380 Millionen Rentenmark dürfte hinreichen, außer dem Notenumlauf auch einen Teil der Giroverpflichtung der Reichsbank zu begleichen. Praktisch kommt es aber nicht in Betracht, den ganzen Notenumlauf der Reichsbank jetzt im Wege des Umtausches restlos einzuziehen, wohl aber wird man den Banknotenumlauf von Woche zu Woche mehr und mehr einengen. Diese Einengung muß dahin führen, die Papiermark in ihrem inneren Werte zu heben. Bisher sind 100 Millionen Rentenmark für die Einziehung der Papiermark an die Reichsbank gelangt. Der Rückstrom der Papiermark an die Reichsbank wird zur gegebenen Zeit durch einen Aufruf aller Reichsbanknoten verstärkt werden. Natürlich müssen auch die übrigen Quellen der Papiermark-Inflation verstopft werden und aus diesem Grunde wird seitens der Reichsbank seit dem 22. November im unbesetzten Gebiet das Notgeld nicht mehr angenommen. Für die Reichsbank kommen nur noch einer gesunden Politik entsprechende produktive Kredite in Betracht. Die Kreditgewährung der Reichsbank vollzieht sich in immer steigendem Maße auf wertbeständiger Basis. Die Papiermarkkredite sollen demnächst zum Verschwinden gebracht werden. Durch diese Maßnahmen wird die Papiermark allmählich wieder zu Ehren gebracht und gefestigt werden.

Die Reichsbank wird ferner auf der auf Grund der Verordnung zur Abänderung des Bankgesetzes vom 26. Oktober d. Js. geschaffenen Grundlage eine Neugestaltung unserer Währung vorbereiten. Zu diesem Zwecke hat sie bereits einen Dollargiroverkehr eingerichtet und hat sich ermächtigen lassen, auf Gold lautende unverzinsliche Schatzanweisungen auszugeben, um mit ihrer Hilfe nötigenfalls in den Geldmarkt regulierend einzugreifen. Ferner ist sie zur Emission auf Goldmark lautender Banknoten ermächtigt, um so der deutschen Banknote wieder internationale Geltung zu verschaffen. Durch ihren Goldvorrat wird die Reichsbank in diesen Bestrebungen wirksamst unterstützt werden.

Rentenmark-Rabatt und Papiermark.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Der amtliche preußische Pressedienst schreibt: Vielfach wird im Kleinhandel bei Zahlungen in Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe ein größerer Rabattsatz gewährt. Eine Anzahl von Geschäften aber schließt dabei die Rentenmark aus. Die preußischen Polizeiverwaltungen erhielten nun Instruktionen, die Geschäfte, die die Rabattsätze bei einer Rentenmarkzahlung ausdrücklich verweigern, zu schließen, eventuell kann Entziehung der Handelserlaubnis zur Anwendung kommen. Die Geschäfte, die die Annahme der Papiermark verweigern, sollen ebenfalls sofort unter gleichzeitiger Entziehung der Handelserlaubnis von der Polizei geschlossen werden.

Reichslandbund und Währungsreform.

bb **Berlin**, 29. Nov. (Privattel.) Laut Deutscher Tageszeitung hat der Gesamtvorstand des Reichslandbundes eine Entschließung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung in einer öffentlichen Kundgebung erklärt, jede Maßnahme, die die Fortsetzung der Zahlungsmittel- oder einer sonst irgendwie geartete Inflation darstellt, nicht nur zu unterlassen, sondern auch zu bekämpfen. Ferner bezeichnet die Entschließung die Aufhebung sämtlicher Devisenverordnungen als eine wichtige Voraussetzung für die Gesundung unserer Währung und verlangt vom Reichsfinanzminister, daß er die Währungsreform einschließlich ihrer Auswirkung auf die Wirtschaft ehrlich und rückhaltlos durchführe. Von den Mitgliedern des Reichslandbundes im Verwaltungsrat der Rentenbank wird erwartet, daß sie die Reichsregierung bei Beschreitung dieser Wege anregen und unterstützen.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet zu ermöglichen und um durch Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Steinkohlen der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrgebiet die Arbeiter unter Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiter über Tage eine Stunde Mehrarbeit im Anschluß an die regelmäßige Schicht leisten. Für die übrigen Arbeiter über Tage soll in Verbindung mit der Groß-Eisenindustrie bald eine Regelung der Arbeitszeit getroffen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zur möglichst baldigen Erreichung der Friedensleistung im Kohlenbergbau alle in der Technik, der Organisation und der Arbeitsleistung möglichen Verbesserungen ohne Verzug durchgeführt werden müssen. Bis zum 1. Februar 1924 werden die Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeits- und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist oder welche weiteren Mittel etwa zu seiner Erreichung notwendig sind.

Preußischer Landtag.

279. Sitzung.

NDZ **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Auf Antrag der Geschäftsordnungskommission wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zunächst die sofortige Haftentlassung der verhafteten Frau Wollstein, die am 7. November verhaftet worden ist, beschlossen. Ohne Aussprache wurde dann der Gesetzentwurf der Anwendung des Ausdehnungsgesetzes auf die Rheinprovinz, sowie eine Novelle zum Feld- und Forstpolizeigesetz und eine Denkschrift über die Angliederung der Universität Frankfurt a. M. durch Ausschußüberweisung erledigt.

Gegen 1 Uhr war der Beratungsstoff erschöpft. Präsident Leinert beraumte die nächste Sitzung auf Freitag 12 Uhr an. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen. Die kommunistischen Abgeordneten Dr. Meyer-Ostpreußen, Katz und Schulz-Neukölln beantragen, daß die politische Aussprache, vor allem auch über die Rheinlandfrage, auf die Tagesordnung gesetzt werde. Katz behaup-

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 30. November.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 27. XI.	1423,4
Lebenshalt. „ „ am 26. XI.	1595
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 30. XI.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Fernbrief ab 26. XI.	80
Fernpostkarte ab 26. XI.	40
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Buchschlüssel	1160
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 26. XI.	400
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 25. XI.—1. XII.	700000

Der Dollar am 29. XI. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000
Brief: 4 210 500 000 000

ete, der Aeltestenausschuß wolle am Freitag nur deshalb eine Sitzung abhalten, weil an diesem Tage die Diäten ausgezahlt werden. — Sämtliche kommunistische Anträge wurden abgelehnt und der Vorschlag des Präsidenten bestätigt.

Preußischer Staatsrat.

wtb. **Berlin**, 28. Nov. Der Preußische Staatsrat erledigte heute eine große Anzahl kleinerer Vorlagen. Zu Beginn der Sitzung teilte Präsident Adenauer mit, daß sich die bisherige Fraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands im Staatsrat infolge des Verbots der Partei zu einer kommunistischen Fraktion des Preußischen Staatsrats konstituiert habe. Angenommen wurde u. a. ein Gesetzentwurf, wonach die Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen mit dem 1. April 1924 aufgelöst wird, sodann ein Gesetzentwurf, nach dem Stiftungen, die durch die Geldentwertung ihre Bedeutung verloren haben, zusammengelegt oder aufgehoben werden können. Anschließend erklärte sich der Staatsrat einverstanden mit einer Antwort des Innenministers auf eine im Oktober ergangene Anfrage des Staatsrats, wie dem finanziellen Zusammenbruch der Kommunalverbände bei Stillegung der Notenpresse und Nichtgewährung weiterer Staatskredite vorzubeugen sei. Der Minister hat u. a. geantwortet, daß die Neuregelung der Steuer vom Grundvermögen den Gemeinden erheblich mehr Einnahmen zuführen werde. Auch die übrigen Einnahmequellen der Gemeinden würden in solche mit wertbeständigen Erträgen umgewandelt werden. Das Finanzausgleichsgesetz werde in der allernächsten Zeit ebenfalls eine durchgreifende Umgestaltung erfahren müssen. Neben dieser Reform auf der Einnahmeseite müsse auch eine durchgreifende Reform auf der Ausgabeseite stattfinden. Darauf nahm der Staatsrat Kenntnis von den zahlreichen Notverordnungen, die vom Staatsministerium während der Vertagung des Landtages erlassen worden sind. Einspruch wurde in keinem Falle erhoben.

Politische Umschau

Abschiedsgesuch Luthers.

bb **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Der Reichsfinanzminister hat an den Reichspräsidenten einen Brief gerichtet, in dem er ausführt, daß er für das infolge des Fehlens einer verantwortlichen Regierung zu befürchtende finanzielle Unheil die Verantwortung nicht zu tragen vermöge und daher um Entlassung von seinem Amte bitte.

Erhöhung der preußischen Stempelsteuern.

bb **Berlin**, 28. Nov. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 an hat, wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, der Finanzminister auf Grund des Gesetzes vom 25. Juli 1923 folgende Abänderungsvorschriften erlassen: Alle festen, nicht in Bruchteilen des Wertes ausgedrückten Stempelsätze, einschließlich aller Höchst- und Mindeststempel, welche bisher bereits auf das 9 milliardenfache erhöht waren, werden weiter auf das 600 milliardenfache der ursprünglichen Tarifsätze erhöht. Hierbei wird jedoch der aus der Erhöhung des im Stempeltarif für Ausfertigungen, Notariatsurkunden, Zeugnisse usw. vorgeschriebenen Stempels von 3 Mark sich ergebende Betrag auf 1½ Billionen Mark abgerundet. Die allgemeine Freigrenze für Urkunden über nach Geld schätzbare Gegenstände wird von 300 Milliarden Mark auf 30 Billionen Mark erhöht, die Freigrenze für Dienst- und Arbeitsverträge von 30 Billionen auf 2000 Billionen Mark Jahresentgelt. Der Mindestbetrag der Stempelsteuer wird von 3 Milliarden auf 300 Milliarden Mark erhöht. Höhere Stempelbeträge sind immer auf 50 Milliarden Mark nach oben abzurunden.

Eine Spionageaffäre.

wtb. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Kürzlich wurde an der schweizerischen Grenze auf deutschem Boden ein französischer Hauptmann d'Armont, der dem französischen Generalkonsulat in Basel angehört, und von dort aus wirtschaftliche und politische Spionage gegen Deutschland betrieben hat, verhaftet. Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren gegen d'Armont eingeleitet. Die französische Regierung hat unter der Vorgabe, daß die Verhaftung auf schweizerischem Boden erfolgt sei, als Repressalie den Oberlandesgerichtsrat Lenzberg in Düsseldorf verhaften lassen. Die deutsche Regierung hat dagegen schärfsten Protest erhoben und nachgewiesen, daß die Verhaftung des Spions auf deutschem Boden erfolgt ist.

Amerika und Europa.

Ohne die Beteiligung Amerikas wird der Wiederaufbau Europas sobald nicht möglich sein. Es ist deshalb von Wichtigkeit, über die Einstellung Amerikas zu den europäischen Fragen unterrichtet zu sein. Der Vertreter der Köln. Ztg. in Washington schildert in einem aus Washington Anfang November datierten Artikel das Wollen und Können Amerikas. Der Artikel ist sehr instruktiv und dürfte auch für unsere Leser von Interesse sein.

Amerika möchte wohl allmählich den Weg nach Europa zurückfinden und ihn schließlich auch gehen; aber es kann nicht. Vorläufig wenigstens nicht. Und zwar deswegen nicht, weil es sich diesen Weg selbst so verlegt und verschränkt hat, daß es erst über seine eigenen Hindernisse hinwegkommen muß, um an die europäischen Hindernisse heranzukommen und sie zu übersteigen. Vor allem ist es der ehrwürdige Schlagbaum, der vor gerade hundert Jahren gegen Europa hin quer vorgelegt wurde, die Monroelehre mit ihrer Mahnung an die Amerikaner, sich von Europa fernzuhalten, und mit ihrem Befehle an die Europäer, sich von Amerika fernzuhalten. Vor Monroe aber hatte schon die Abschiedsadresse Washingtons vor verstrickenden Bündnissen mit Europa gewarnt, und Thomas Jefferson hatte denselben Gedanken einige Jahre später in etwas anderer Form wiederholt. Dieser dreifache Rat wurde allerdings mit dem Kriege gegen Spanien in den Wind geschlagen und während des Weltkrieges erst recht taub in den Ohren gepredigt. Aber als man sich nach Versailles den Schaden besah, schwor man einen heiligen Eid, nie wieder die Finger in die europäische Pastete zu stecken. Das ist nun fast fünf Jahre her, und diese Zeit ist nicht genügend, um die Scheu vor dem Feuer schon überwunden zu haben; man muß doch eine gewisse Anstandsfrist und Trauerzeit verstreichen lassen. Dazu kommt als besonders erschwerender Umstand die Tatsache, daß eine Umkehr auf dem Wege von Europa weg ausgerechnet Deutschland zugute kommen müßte, demselben Deutschland, das man ja maßlos schlecht behandelt hat, daß es einer großen Ueberwindung bedarf, das allmählich erkannte Unrecht auch öffentlich einzugestehen und gar es einigermaßen gutzumachen. Denn niemandem verzeiht man schwerer, als einem, den man gekränkt und geschädigt hat. Nur wahrhaft große Naturen haben in sich den Mut und die Kraft zu einem solchen Schritt; Nationen aber sind keine Personen, sondern eine Masse, die weder verantwortlich noch großherzig zu sein pflegt. Diese Masse aber muß gerade jetzt in Amerika besonders zart behandelt werden, weil sie im nächsten Jahre über das Schicksal von Leuten und Parteien zu entscheiden hat, die etwas behaupten oder etwas gewinnen wollen, und dieser Masse zuliebe wird manch einer zum Feigling, der gerne aussprechen würde, was ist, wenn er nicht Rücksicht auf diese Wählermasse zu nehmen hätte. So fehlt es an Führern, die den rechten Ausweg zeigen könnten und auch zeigen möchten, wenn sie nur dürften. Ohne eine starke Führung aber findet sich die Masse in dem gefühlsmäßigen Dickicht ebensowenig zurecht wie in dem geschichtlichen und politischen, und so kommt es, daß eine Ueberzeugung, die im Entstehen ist, und eine Stimmung, die unter der Oberfläche liegt, nicht Form und Ausdruck gewinnen kann, weil ihr eben das Sprachrohr fehlt. So weit man eine Schätzung der augenblicklichen Lage wagen darf, liegen die Dinge so, daß man die Oeffentlichkeit oder die Masse vorsichtig bearbeitet, um sie sachte auf den Umschwung vorzubereiten, der eines Tages kommen wird, weil er kommen muß, und zu dieser Vorbereitungsarbeit gehört eine richtigere Kenntnis der beiden Völker, um die es sich heute hauptsächlich handelt, Deutschlands und Frankreichs. Deutschland selbst kann zu dieser besseren Erkenntnis wenig beitragen, teils weil ihm die Mittel versagt sind, sie zu fördern, wie z. B. das Kabel, und ferner, weil ihm jede Selbstaussage immer noch als verwerfliche „Propaganda" angekreidet wird. Um so eifriger und erfolgreicher hat sich Frankreich in den Dienst dieser Aufklärung gestellt, und ihm ist in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, was Deutschland in einem Menschenalter nicht gelungen wäre: es hat den Amerikanern die beiden Völker in ihrem wahren Charakter gezeigt. Freilich ist es etwas viel verlangt, den Feind von gestern zu umarmen und den Freund von gestern zu schelten; aber die Entwicklung läuft in dieser Richtung. Es fragt sich nur, wie rasch sie läuft. Der Newyorker Freemann erinnert heute an ein Wort des Fürsten Kropotkin mit Bezug auf Frankreich: „Sobald eine Reaktion die Oberhand gewonnen hat, verschwinden alle sichtbaren Spuren einer Bewegung; derer, die gegen den Strom schwimmen, sind wenige. Aber in irgendeiner geheimnisvollen Weise, in einer Art unsichtbarer Ideendurchdringung, wird die Reaktion untergraben, und sobald eine öffentliche Bewegung möglich wird, streben Tausende von Anhängern, von deren Dasein niemand eine Ahnung hatte, an die Front." Und der Freemann bemerkt, in diesem Sinne ähnele kein Land so sehr Frankreich wie gerade Amerika.

Wichtiger indes als diese mehr gefühlsmäßigen Umstände wirken höchst praktische Tatsachen auf eine Umstellung des gegenwärtigen Kurses hin. Zweien vor allen kommt ein besonderes Schwergewicht zu: der Stimme der Wirtschaft und der Stimme des Blutes. Die amerikanische Wirtschaft ist nicht mehr unabhängig von dem Rest der Welt, mag man auch noch so sehr auf den gewaltigen inneren Markt pochen und auf Südamerika und den Fernen Osten verweisen. Amerika hat nun einmal mehr, als es selbst verbrauchen kann, und außerdem hat es gewisse Dinge nicht, die es nötig hat. Es ist also in Ausfuhr wie in Einfuhr auf die Umwelt angewiesen. Ein „isolierter Staat" im Sinne Thuenens ist selbst für Amerika ein Hirngespinst. Ebenso trügerisch aber ist der Glaube an einen südamerikanischen und asiatischen Ersatz für den europäischen Markt. Die letzten fünf Jahre haben diesen Glauben mächtig erschüttert, und nur die ganz Unbelehrbaren halten an ihm fest, weil ihnen wirtschaftliches Denken völlig fremd ist. Ihre gänzliche Bedeutungslosigkeit gestatte ihnen übrigens, nach dem Goetheschen Wort „Narren auf eigne Hand" zu sein. Der westliche Weizenbauer weiß, was er an Dollars und Cents verliert, weil ihm Europa verschlossen ist, und er ist nicht länger willens, dem grollenden Achilles zuliebe seinen Weizen auch fürderhin zu versenern oder seine Aecker dem Unkraut zu überlassen. Die Politiker wissen das, und sie wissen auch, daß der Farmer bei der nächsten Wahl ein gewichtiges Wörtchen mitzusprechen hat. Darum geht man jetzt ernstlich daran, wenigstens den Weizenüberschuß der letzten beiden Jahre an Europa loszuschlagen, und zwar auf Pump, weil Europa nicht zahlen kann; den Vorschuß an den Farmer aber muß eben Onkel Sam leisten, denn der Farmer braucht Geld. Ob freilich schon zu Beginn der Kongreßtagung in der ersten Dezemberwoche eine Sonderbotschaft des Präsidenten Coolidge die 50 Millionen Dollar für die 50 Millionen Bushel fordern wird, steht dahin, auch wenn sie in Aussicht gestellt worden ist; allzu hohe Schlösser sollte man auf die Verheißung vorerst nicht bauen. Immerhin arbeiten auch an diesem Punkte andere für uns, und das ist besser, als wenn wir selbst es täten. Daß man nebenbei sich auch der rein menschlichen Pflicht erinnert, ein verhungerndes Land vor dem Aeußersten zu bewahren, zeigt sich am deutlichsten an der großen Sammlung, die der frühere Befehlshaber der amerikanischen Rheinlandtruppen, General Allen, vor einigen Tagen eingeleitet hat und die bestimmt ist, wenigstens zwei Millionen deutscher Kinder bis zum nächsten Frühjahr zu speisen. Der Chicagoer Rosenwald hat die Sammlung mit einem Beitrag von 100 000 Dollar eröffnet und damit ist ungefähr ein Wink für die anderen gegeben, die ebenfalls beizusteuern gesonnen sind. Auch hier werden Kreise erreicht, die wir niemals hätten erreichen können, und der Name Allen ist wohl das beste Zugmittel, das hätte gefunden werden können. Auch ist die Sammlung die erwünschteste Vorarbeit für spätere Kongreßverhandlungen über die Farmerhilfe und die Weizenkredite.

Sehr wichtig aber ist schließlich das Verlangen Englands, Amerika möge jetzt an dem europäischen Spiel sich beteiligen. Der Notenwechsel zwischen Lord Curzon und dem Staatssekretär Hughes hat die diplomatischen Wege geebnet, und die Redereise Lloyd Georges in den verflossenen zwei Wochen hat der Diplomatie insofern in die Hände gearbeitet, als die Oeffentlichkeit eine Aufklärung über die europäischen Zustände erhielt, wie sie in anderer Weise niemals hätte erzielt werden können. Die magnetische Persönlichkeit des kleinen Walliers hat ihren alten Zauber aufs neue bewährt, und er hat das ausgesprochen, was amerikanische Staatsmänner und Politiker zu sagen sich noch nicht getrauen. Er hat etwa siebzig Reden gehalten und hat damit weder ermüdet noch Verdacht erregt, wie manche seiner Vorgänger aus fremden Landen. Die Newyork World bezeugt ihm ausdrücklich, daß er am Ende noch mehr Aufmerksamkeit gefunden habe als am Anfang und obendrein weniger Argwohn als zu Beginn. Obwohl er mit weniger Feuerwerk arbeitete, als man erwartet hatte, hinterließ er doch Eindrücke, die erstaunlich sind, und zwar deshalb, weil er sagte, was nach dem Bekenntnis der World eine ständig wachsende Zahl von Amerikanern fühlen, und wenn seine Ausführungen auch vielfach in schreiendem Widerspruch mit dem standen, was er früher gesagt hatte, so genügte doch die Tatsache, daß er sagte, was er sagte. Am wichtigsten aber war, daß er in einem Augenblick erschien, in dem Amerika nach einer langen Pause des Zögerns, auf die es der World zufolge nicht stolz ist, wiederum seinen Einfluß in der Welt geltend zu machen befliffen ist in einer Sendung, die Vernunft und Versöhnung zum Zweck hat.

Mitten in diese Wandlungen und Verhandlungen fiel nun das französische Zwischenspiel in der Frage einer Sachverständigenkonferenz zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit. Die französischen Schliche und Kniffe haben nicht nur im Staatsdepartement, sondern auch im Volke den denkbar schlechtesten Eindruck hinterlassen, und sie haben Poincare in eine Zwickmühle gebracht, aus der er heute noch nicht mit Anstand losgekommen ist. Wenn man den journalistischen Beobachtern am unteren Ende der Pennsylvania-Avenue, im Weißen Hause, glauben darf, hat es dort mehr als einmal unwilliges Stirnrunzeln gegeben, und es ist den Franzosen zu verstehen gegeben worden, daß sie entweder den Hughesschen Plan anzunehmen haben, wie er steht, oder daß Amerika sich ganz zurückzieht. Dieser Rückzug Amerikas wäre ja nun allerdings gerade das gewesen, was Poincare bezweckte; was ihm aber weniger gefiel, war die Drohung, daß man ihm die ganze Verantwortung für das Scheitern des Planes und damit für den Fortbestand der europäischen Unrast und der dauernden Schädigung auch des amerikanischen Wirtschaftslebens zuschieben werde, und zwar vor aller Welt. England stand vollständig hinter Amerika, und die Stimme des Blutes machte sich seit langem zum ersten Male, wenn auch nur indirekt, zu unseren Gunsten geltend. Es fiel Amerika nicht gerade leicht, sich zwischen England und Frankreich entscheiden zu müssen, aber schließlich ist Blut doch dicker als Wasser. Frankreich hat das zu seinem Schaden erfahren müssen. Es hat ein großes Erbe leichtsinnig und schmählich vertan, und die, die es gezwungen hat, zwischen Welf und Waiblingen zu wählen, werden ihm die Qual dieser Wahl nicht so leicht vergessen.

Hughes ist der Ansicht, daß eine Verzögerung der von ihm vorgeschlagenen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands Deutschland Kopf und Kragen kosten kann, daß aber auf der anderen Seite ein Beiseitestehen Frankreichs diese Untersuchung nutzlos machen muß, weil sie keine Anleihe im Gefolge haben wird, und ohne Anleihe kann die europäische Lage nicht gebessert werden. Ja, ohne die große Konferenz, an der auch Frankreich sich beteiligt, sind nicht einmal die notwendigen amerikanischen Sachverständigen aufzutreiben, weil sie glauben, ihre Zeit besser verwerten zu können als in einer müßigen Rederei über Dinge, durch die Frankreich doch einen Strich machen wird. So steht Amerika heute als der gefesselte Riese, der wollte, wenn er nur könnte, wie er wollte. Ob sich Amerika allerdings lange in dieser Rolle behaglich fühlen wird, ist eine andere Frage.

Arbeitsfragen.

60—70 Prozent wertbeständige Bezüge an das Staatspersonal.

bb **Berlin**, 28. Nov. Die nächsten Auszahlungen an die Beamten und Staatsangestellten werden am nächsten Freitag erfolgen, und zwar wird das 50millionenfache der Grundbezüge gezahlt werden. 70 Prozent davon werden die Empfänger in wertbeständigem Geld erhalten. Die genannten Beträge haben für 14 Tage Gültigkeit. Bereits morgen erhalten die Staatsarbeiter eine Abschlagszahlung auf die laufende Woche. Die Meßzahl beträgt jetzt 600 Millionen, 60 Prozent ihrer Bezüge erhalten die Staatsarbeiter in wertbeständiger Form.

Doppelverdiener.

* **Berlin**, 28. Nov. Das Wolffbüro teilt mit: Es mehren sich die Klagen, daß sogenannte Doppelverdiener, insbesondere verheiratete Frauen, deren Männer voll beschäftigt sind, in Arbeit stehen, während zahlreiche erwerbslose Männer und Frauen, die auf Erwerb angewiesen sind, sich vergebens um Arbeit bemühen. Einen gesetzlichen Zwang zur Nichtbeschäftigung dieser sogenannten Doppelverdiener auszuüben, ist aus mannigfachen Ursachen bedenklich. Das Reichsarbeitsministerium hat sich aber an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie an die Reichs- und Landesbehörden mit der Bitte gewandt, zu veranlassen, daß jedenfalls keine sogenannten Doppelverdiener mehr neueingestellt und auch die bereits beschäftigten Doppelverdiener insoweit entlassen werden, als es die Betriebsverhältnisse gestatten und ungerechtfertigte Härten nicht entstehen. Es ist von der sozialpolitischen Einsicht der beteiligten Kreise zu erhoffen, daß so vermieden wird, daß einzelne Familien unverhältnismäßig hohe Einkünfte erzielen, während andere Not leiden.

Löhne und Gehälter.

Ergebnis

der am Donnerstag, den 29. Nov. 23, nachmittags stattgefundenen paritätischen Verhandlungen zwischen dem Verband von Arbeitgebern im berg. Industriebezirk e. V. und den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen.

1. Arbeiterlöhne.

Eine Einigung wurde nicht erzielt. Von Arbeitgeberseite werden einseitig die Löhne der vergangenen Woche (also Multiplikator 14 Millionen) auch für diese Woche in Kraft gesetzt. Der Anfang der Woche geleistete 50prozentigen Vorschuß ist hiervon in Abzug zu bringen. Von Arbeitnehmerseite wird der Reichs- und Staatskommissar angerufen.

2. Novembergehälter der kaufm. und techn. Angestellten und 1. Vorauszahlung auf Dezember.

Als Novembergehalt wird das

134fache Oktobergehalt (einschl. Familienzulage) vereinbart. Hiervon sind 89,9 Oktobergehälter, welche in den verschiedenen Vorauszahlungen gezahlt worden sind, in Abzug zu bringen.

Außerdem wird als 1. Teilzahlung auf das Dezembergehalt das 6fache Brutto-Oktobergehalt einschl. Familienzulage vereinbart.

Auszahlung morgen Freitag, spätestens Samstag.

Die Ortszuschläge von 5 und 10 Prozent behalten auch für diese Auszahlung Gültigkeit.

Rhein und Ruhr.

Zur Frage des Zweckverbandes.

* **Berlin**, 28. Nov. Das Wolffsche Büro verbreitet folgende Erklärung:

Durch den Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Erkelenz auf dem außerordentlichen Parteitag der Deutschdemokratischen Partei in Elberfeld hielt, hat zum ersten Male die breitere Oeffentlichkeit von den Verhandlungen Kenntnis erhalten, die in letzter Zeit zwischen Vertretern der Bevölkerung des besetzten Gebietes und dem französischen Mitgliede und Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz, Herrn Tirard, stattgefunden haben. Abg. Erkelenz hat in diesem Zusammenhange die auf deutscher Seite bestehenden Pläne über die Zusammenfassung der besetzten Gebietsteile zu einem Zweckverband erwähnt. Da hierbei davon gesprochen wird, daß das neue Gebilde Finanzhoheit haben müßte, sowie das Recht und die Pflicht, alle Maßnahmen zu treffen, die ein souveräner Staat auf seinem Gebiete treffen könnte, ist vielfach die irrige Auffassung erweckt worden, als habe man sich auf deutscher Seite mit Aenderungen in den Staats- und Landeshoheiten des besetzten Gebietes abgefunden. Dies ist völlig unzutreffend. Bei den verschiedenen Besprechungen, die zwischen Vertretern der besetzten Gebiete pflogen wurden, bestand völlige Einmütigkeit darin, daß an den Hoheitsverhältnissen im besetzten Gebiet weder in bezug auf das Reich noch in bezug auf die Länder während des gegenwärtigen Zustandes irgendwelche Aenderungen eintreten könnten. Die Verhandlungen der Vertreter der Bevölkerung mit der Interalliierten Rheinlandkommission verfolgten nach deutscher Absicht auch keinerlei politische Ziele, sondern lediglich wirtschaftliche Zwecke. Sie waren nötig geworden, da sich bisher die Regierungen der hauptsächlichsten Besatzungsmächte auf unmittelbare Verhandlungen mit der Reichsregierung nicht eingelassen haben, die infolge der Maßnahmen dieser Besatzungsmächte geschaffene Zwangslage der Bevölkerung aber einen weiteren Aufschub nicht zuließ. Es sei aber ausdrücklich festgestellt, daß weder die Reichsregierung noch die Bevölkerung jemals daran dachte, im Wege dieser Verhandlungen irgendwelche dauernde Veränderungen in den gegenwärtigen staats- und völkerrechtlichen Verhältnissen des besetzten Gebietes eintreten zu lassen.

Neue Abschlüsse mit der Micum.

* **Paris**, 28. Nov. Nach einer Koblenzer Meldung haben folgende deutsche Industriefirmen im Rahmen des Düsseldorfer Mantel-Abkommens vom 24. November Vereinbarungen mit der Micum abgeschlossen: Thyssen, Gutehoffnungshütte, Mannesmann, die Steinkohlengewerkschaft Emscher-Lippe, Konstantin der Große, Harpener Bergbau A.-G. und Gewerkschaft Heinrich in Ueberruhr.

Das Ende der Sonderbündler-Regierung.

* **Paris**, 29. Nov. Die Agentur Radio meldet aus Düsseldorf: Die sonderbündlerische Koblenzer Regierung wurde durch eine Art Revolution gestürzt. Matthes ist in Düsseldorf angekommen und erklärte, daß der Führer der sonderbündlerischen Truppen, „General" Hertz, eine Militärdiktatur habe einleiten wollen. Da die rheinischen Minister sich diesem Staatsstreich hätten anschließen wollen, habe Matthes die Auflösung der „Regierung" verfügt. Diesen Behauptungen widerspricht Dorten, der erklärt, daß Matthes von seinen „Ministern" zum Rücktritt gezwungen worden sei, da sie es abgelehnt hätten, ihm weiter Gefolgschaft zu leisten. Nach Ansicht der Verbandsbehörden ist die Koblenzer Regierung nunmehr dazu verurteilt, von der Bildfläche zu verschwinden.

Havas meldet zu dieser Sache aus Düsseldorf, daß Matthes dem Oberkommissar Tirard die Auflösung seines „Kabinetts" bekanntgegeben habe, weil seine Minister wegen eines militärischen Staatsstreiches, den gestern die Leitung der Rheinlandarmee versucht habe, eine unentschlossene Haltung eingenommen hätten, obgleich das Kabinett die Auflösung dieser Armee kürzlich angeordnet hätte. Das „rheinische Militär" soll sich des Gebäudes der vorläufigen Regierung in Düsseldorf bemächtigt haben.

Der 5er Ausschuß.

wtb. **Berlin**, 29. Nov. (Tel.) Der 5er Ausschuß für die besetzten Gebiete ist heute gewählt worden. Er besteht aus 20 Mitgliedern des Zentrums, 20 Sozialdemokraten, 8 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, vier Deutschnationalen und vier Demokraten. Außerdem wurde beschlossen, den Ausschuß um zwei Mitglieder zu vermehren. Es werden auf diese Weise noch zwei Kommunisten gewählt werden. In dem Ausschuß befinden sich u. a. der Abg. Imbusch (Z.), Dr. Klöckner und Herr v. Krupp.

Aus Nah u. Fern.

Die komm. Volksstimme stillgelegt.

* **Remscheid**, 28. Nov. Ein Polizeiaufgebot erschien in den Räumen der kommunistischen Bergischen Volksstimme, setzte die Maschinen still, beschlagnahmte Material und versiegelte den ganzen Betrieb.

Autofallen auf der Landstraße.

* **Odenthal**, 28. Nov. In der letzten Zeit sind verschiedentlich in der Umgebung Kölns Autofallen errichtet worden, so u. a. bei Odenthal, wo dieser Tage abends von einem Kraftwagenführer noch im letzten Augenblick ein Hindernis bemerkt wurde. Es entpuppte sich als ein etwa 60 Zentimeter hoher Damm aus Ziegel- und Bruchsteinen, die mit Staub und welken Blättern verdeckt waren. Etwa 100 Meter dahinter wurde eine zweite Autofalle entdeckt. Ein zweites Automobil konnte sich ebenfalls nur noch im letzten Augenblick vor einem Unfall durch eine solche Autofalle retten.

Entgleisung eines Personenzuges.

* **Münster i. W.**, 27. Nov. Im Nebel stieß auf dem hiesigen Güterbahnhof ein von Coesfeld kommender Personenzug auf eine Leerfahrt, wobei drei Wagen des Personenzuges entgleisten und sechs Reisende, der Lokomotiv- und Zugführer, sowie drei Schaffner verletzt wurden. Der Zugführer mußte aus den Trümmern der zusammengestoßenen Wagen herausgeschlagen werden.

Neue Oelfunde in Neuengamme bei Hamburg.

* **Hamburg**, 28. Nov. Wie dem Hamburgischen Korrespondenten von besonderer Seite mitgeteilt wird, hat man während der Staatsbohrungen bei der Hamburg benachbarten Ortschaft Neuengamme Kreide in einer Tiefe von 960 Meter gefunden und die Bohrung der Liselle-Erdölwerke hat Kreide schon in 340 Meter Tiefe erreicht. Diese emporgehobenen Kreideschichten deuteten auf Steinsalzlager, die ihrerseits beim Aufsteigen die Kreideschichten mit sich gerissen hätten. In der Nähe der Ortschaft Sottorf unweit Hamburg sei man auf starke ölführende Schichten gestoßen, die eine Mächtigkeit von mehreren hundert Metern aufweisen. Das Erdöl enthalte 5 v. H. Petroleum und 40 v. H. Maschinenöl.

Tagung des Einzelhandelsverbandes von Deutschland.

* **Gotha**, 28. Nov. Der Einzelhandelsverband von Deutschland hielt gestern unter Beteiligung von 600 Vertretern in Gotha eine außerordentliche Tagung ab. Reichstagsabgeordneter Beythien (Hannover) betonte, daß der Einzelhandel seine Stimme erheben muß, um sich vor dem Untergang zu schützen. Der Wucher werde nicht genügend verfolgt. Der Einzelhandel verlange, daß Instanzen mit genügender Sachkenntnis entsprechende Maßnahmen ohne Rücksicht auf Rechts und Links ergreifen. Redner beklagt sich dann über die Rücksichtslosigkeit der Banken usw. Regierungsrat Dr. Mündlich stellte als Hauptforderung des Einzelhandels auf: 1. daß die Grundpreise bleiben, die den Gestehungskosten entsprechen und 2. daß die Goldmarkpreise wirklich Goldmarkpreise seien und bleiben. Wer Papiermark zahle, dürfte durch sogenannte Risikoprämien nicht benachteiligt werden.

Taschendiebe auf Devisenrazzia.

bb **Berlin**, 28. Nov. Eine Rekordbeute an Devisen machten Taschendiebe auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Sie hatten beobachtet, wie zwei syrische Kaufleute Rahas und Salame in verschiedenen Geschäften der Innenstadt Einkäufe erledigten, und waren ihnen sodann bis zum Bahnhof Friedrichstraße gefolgt. Dort gelang ihnen der große Schlag. Sie bemächtigten die Kaufleute ihrer beiden Ledertaschen (die eine rötlich, die andere blau), in denen sich 1300 englische Pfunde, 4000 Schweizer und 1000 französische Franken befanden, und außerdem noch ein Scheck auf die Indo-Chinesische Bank über 12 500 Schweizer Franken. Mit dem Scheck werden die Taschendiebe ja wahrscheinlich nicht viel anfangen können, mit den Bardevisen desto mehr. Kriminalkommissar Dr. Riemann stellte fest, daß es sich um eine Taschendiebkompagnie von vier bis sechs Mann handeln müsse, die schon seit Wochen die Berliner Bahnhöfe, Stadtbahn- und Hochbahnzüge unsicher macht.

→ Abonniert die „Schwerter Zeitung"! ←

Zum Geleit.

O ringe nicht nach eitlen Kränzen,
Zu oft sind sie des Zufalls Spiel.
Nein, still zu schaffen, nicht zu glänzen
Sei deines Lebens schönstes Ziel.

Gotter.

*

Wer gute Menschen liebt, kann wenigstens nicht ganz verdorben sein. Lessing.

* * *

Erinnerungen.

1700 Stiftung der Akademie der Wissenschaften in Berlin.
1840 Der Astronom Joseph von Littrow gestorb.
1846 Der Nationalökonom Friedrich List gest.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 30. November 1923.

Andreastag (30. November.

Der letzte Tag des November ist dem heiligen Andreas gewidmet, dem Apostel, der als der gütigste bezeichnet wird. So kam es denn, daß er in jenen Zeiten, wo das Christentum das Heidentum verdrängte, an die Stelle des gütigsten Gottes unserer Vorfahren, des Sonnengottes Freyr oder Fro trat, und daß die Gebräuche zum Andenken Freyrs auf den Kultus des Apostels übertragen wurden. So wurde der heilige Andreas der Schutzpatron der Ehe, wie schon Freyr der germanische Schutzgott der Ehe war. Ihn fragte man auf mancherlei Art nach dem „Zukünftigen", ob man bald heiratet, wo er wohnt und wer er ist, natürlich auch, ob man in der Ehe Glück haben wird, und noch heute am Andreastag huldigt man den altgermanischen Orakelgebräuchen durch Bleigießen, Kartenlegen, Lichterschwimmen usw. Der Großstädter hat sich in dieser Beziehung etwas emanzipiert, er hat das Orakeln auf den Silvestertag verlegt, aber dennoch — der Aberglaube ist weit mehr im Schwange am Andreastag, als der Aufgeklärte glauben mag.

*

Schwerter Volksspende.

Weitere Spenden für die Volksküche gingen ein:

Denniger, Bäckermstr.	30 Billionen
N. N.	1 Billion
Bachmann H., Herrenmodehaus	10 Billionen
Bäckerinnung	2 Zentner Weizenmehl
Kaufmann Hans Müller	3 Zentner Kartoffeln
Kaufmann D. A. Hesse	½ Tonne Heringe

—* **Haus- und Grundbesitzerverein.** Sonntag, den 2. Dezember, 11 Uhr vorm., Generalversammlung in der „Reichskrone". Infolge der äußerst wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

—* **Vorverkauf von Arbeiterkarten.** Um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich bei Kurssteigerungen vor Geldentwertung zu schützen, hat die Reichsbahnverwaltung zugelassen, daß Wochenkarten und Arbeiter-Rückfahrkarten (letztere mit dem Tagesstempel des Benutzungstages versehen) schon von Mittwoch ab im Vorverkauf gelöst werden können. Auch ist es gestattet, daß die Arbeitgeber ihrerseits für die auswärts wohnenden Arbeiter solche Karten gegen Bezahlung durch Reichsbankbarscheck lösen. Fahrgeldstundungsanträge für Arbeiterkarten seitens der Arbeitgeber oder Kommunalverwaltung werden von dem Verkehrsbüro der zuständigen Reichsbahndirektion bearbeitet.

—* **Entlassung und Begnadigung bei Gesamtstrafen.** Für die vorläufige Entlassung und die Ausübung des Begnadigungsrechtes bei Gesamtstrafen haben das Reich und die Länder eine ausführliche Vereinbarung getroffen. Wenn das Reich die Gesamtstrafe vollstreckt, so wird die vorläufige Entlassung durch die oberste Justizaufsichtsbehörde des Reiches verfügt, sonst durch die des vollstreckenden Landes. Wegen einer Begnadigung tritt zunächst die erste damit beschäftigte Behörde mit den andern in Verbindung. Sind Länder und Reich einig, so führt sie den Gnadenerweis herbei und bescheidet den Gesuchsteller namens aller beteiligten Stellen, ebenso bei einer Ablehnung. Ebenso wird eine Strafaussetzung bei den andern beteiligten Ländern beantragt und bei Zustimmung weiter veranlaßt.

—* **Zeitungsbezug, Postanweisungen, Ueberdruckmarken.** Zeitungsbestellungen für Dezember nimmt die Post einschließlich nur bis 1. Dezember an. Spätere Bestellungen müssen von den Beziehern unmittelbar an den Verlag gerichtet werden. Von Neujahr an werden auch die Preise der ausländischen Zeitungen in Goldmark bestimmt. — Postanweisungsbeträge sind jetzt im Inlandsverkehr unbeschränkt zulässig. Für die Annahme von Wechseln durch Bevollmächtigte, die Aushändigung von Wertsendungen an Familienglieder und von Wertsendungen an Unbekannte ist deshalb an Stelle des Meistbetrags einer Postanweisung der 2000fache Betrag der Gebühr des einfachen Fernbriefs getreten. — Infolge des Ausstandes in der Reichsdruckerei ist die Herstellung von Ueberdruckmarken notwendig geworden. Freimarken zu 2, 4 und 10 Millionen ℳ erhalten den Ueberdruck „5 Milliarden" und Freimarken zu 20, 50 und 100 Millionen ℳ den Ueberdruck „10 Milliarden". Auch Einkommensteuermarken werden jetzt überdruckt, zu 1, 5 und 10 Milliarden ℳ auf Marken zu 10 Pfg., 50 ℳ und 5000 ℳ.

—* **Die Berechnung lohnt nicht mehr.** Die Berechnung und Auszahlung ebenso wie die Einziehung von Nach- und Rückzahlungen von Beamtenbezügen, die durch Neufestsetzung des Besoldungsdienstalters oder sonst veranlaßt werden, machen einen derartigen Aufwand an Arbeit notwendig, daß die Beträge in keinem Verhältnis zu den Kosten der Arbeit stehen. Dies gilt stets, wenn es sich um die Zeit vor dem 1. Oktober handelt. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb sämtliche Reichsressorts ersucht, Neufestsetzungen des Besoldungsdienstalters aus Billigkeitsgründen nur mit Wirkung vom 1. Oktober an vorzunehmen. Auch in anderen Fällen soll von der Auszahlung oder Einziehung der geringen Beträge im allgemeinen abgesehen werden. Wenn ein Beamter die Auszahlung der geringen Beträge verlangt, so werden sie ihm an der zuständigen Kasse zur Verfügung gestellt, ihm aber nicht mehr zugeschickt.

Zeitung und Bezugspreis.

Warum ist heute die Zeitung teurer als vor dem Kriege?

Drei kurze Antworten auf eine viel gestellte Frage.

1. Weil vor dem Kriege fast die ganze Zeitung aus dem großen Anzeigenteil bezahlt werden konnte.

2. Weil heute sich die Herstellungskosten jeder Zeitung auch noch auf viele Tausend Bezieher weniger verteilen, da so manche die Zeitung nicht mehr halten können.

3. Weil zudem, wie alles, so auch für die Zeitung, Material, Papier, Farben, Blei, Oele usw. weit über dem Friedenspreis stehen.

—* **Vom Sterben im deutschen Blätterwalde.** Der „Proletarier" aus dem Eulengebirge in Reichenbach in Schlesien hat nach mehr als 33jährigem Bestehen sein Erscheinen eingestellt. Erschütternd wirkt das Abschiedswort, das dieses Blatt in seiner letzten Nummer an seine Leser richtet. Die jetzige katastrophale Preisentwicklung hat uns tot gemacht. Wir können nicht mehr! Wochenlang haben sie alle „Proletarier" Beschäftigten durchgehungert, keiner hat auch nur noch an Lohn oder Gehalt bekommen können, was zum notdürftigsten Brotkauf genügte, in der Hoffnung, daß es doch noch möglich sei, über die schwere Zeit hinwegzukommen. Die Hoffnung hat uns betrogen!

—* **Der Zwang zum Haushalten.** Sparsamkeit hat jetzt bei der Reichspost eingesetzt. Sie hat nicht mehr die Möglichkeit, ihre Betriebsmittel aus der Reichshauptkasse beliebig zu verstärken, so daß diese sehr beschränkt sein werden. Jede vermeidbare Belastung soll deshalb beseitigt werden. Die Verkehrsanstalten sind angewiesen, die Kassenbestände auf das Allernotwendigste zu beschränken, die angesammelten Massen von kleinwertigen Geldscheinen bald aus den Beständen zu ziehen, entbehrliche Gelder soviel und so schnell wie möglich abzuliefern und ausstehende Forderungen sowie Vorschüsse möglichst schnell einzuziehen. Zahlungen, die nicht an einem bestimmten Tag gebunden sind, sollen auf Tage verteilt werden, an denen keine hohen Fristzahlungen, wie Besoldungen usw., zu leisten sind.

—* **Kaffee** schmeckt viel aromatischer, wenn man die gemahlenen Bohnen direkt vor dem Aufbrühen in einem geschlossenen Metallgefäß etwas erwärmt, wenn man dem Kaffee ein wenig Kochsalz zusetzt und wenn man nur frischkochendes Wasser benutzt, das gerade erst zum Sprudeln kam. Damit sich dieses nicht zu schnell abkühlt, muß die Kanne durch Eingießen und Umschütten von 1 bis 2 Tassen heißem Wasser gut vorgewärmt werden.

—* **Spiegel** dürfen nie so gehängt werden, daß die Sonne sie voll bescheinen kann. Durch die andauernde Bestrahlung leidet der Quecksilberbelag und die Spiegel werden trüb und wolkig.

—* **Orden werden nicht mehr verkauft.** Orden und Ehrenzeichen werden im eigentlichen Sinne des Wortes nur „verliehen". Sie müssen von den Verliehenen oder nach deren Tode von den Hinterbliebenen käuflich erworben werden, wenn sie im Besitz der Familie bleiben sollen. Man konnte sie aber bisher dann kaufen. Der Staat hinkt aber mit seinen Preisen hinter der Geldentwertung stets so nach, daß er jetzt glaubt, nicht mehr auf seine Kosten zu kommen. Er verkauft sie deshalb bis auf weiteres nicht mehr. Nach dem Ableben der Inhaber müssen sie sämtlich zurückgegeben werden, soweit sie nicht durch besondere Vorschriften von der Rückgabe überhaupt befreit sind. Wenn rückgabepflichtige Orden und Ehrenzeichen aus irgend einem Grunde nicht beigebracht werden können, so müssen sogar die Erben dem Staate für den entstehenden Schaden grundsätzlich aufkommen. Die Staatskasse verlangt ihren Anschaffungs- oder Friedenspreis wertbeständig. Die Erstattung soll sogar durch Prozeß erzwungen werden, wenn sie verweigert wird.

—* **Nach England.** Verbindung nach England besteht jetzt über Vlissingen von Berlin Friedrichstraße 9.52 Uhr nachm., Hannover 2.15 vorm., Lübeck 8.20 nachm., Hamburg 11.02 nachm., Bremen 1.03 vorm., ferner von Wien 6.45 vorm., Dresden 7.01 nachm., Leipzig 9.51 nachm., Halle 10.40 nachm., Magdeburg 12.16 vorm. usw.

—* **Naturalisationsgebühr.** Ab 25. November beträgt die Naturalisationsgebühr 50 Goldmark. Für Minderbemittelte kann der Satz auf eine Goldmark ermäßigt werden.

—* **Die Bewertung der Rentenmark.** Bei Zahlungen von Rentenmark an die öffentlichen Kassen wird, soweit es sich um Goldzahlungen handelt, die Rentenmark gleich einer Goldmark, bei allen übrigen Zahlungen nach dem bekannt gemachten Steuermarkkurse angenommen.

Aus den Provinzen.

Halver. Der Fabrikantenverein sammelte seinerzeit für seine Arbeiter und legte die erzielten Gelder in Kohlenwertanleihen an. Im Oktober machte sich unter den Arbeitern eine Regung zum Verkauf geltend. Die Sparkasse kaufte dann auch die Kohlenwertanleihe zurück. Mit Rücksicht auf die augenblickliche Not der Arbeiter beschloß die Sparkasse jetzt, ein Drittel des Kursgewinnes, rund 245 Billionen, zurückzuvergüten.

Plettenberg. (Um den energischen Bürgermeister.) Bürgermeister Köhler hat bei der Regierung Urlaub eingereicht und auch erhalten. Es dürfte dieser Antrag eine Auswirkung des in der letzten Stadtverordnetensitzung von der Linken durchgedrückten Mißtrauensvotums sein. Bürgermeister Köhler hatte es bekanntlich gewagt, die Schupo zum Schutze gegen die Plünderungslustigen heranzuholen, was ihm bei Befürwortern solcher Uebergriffe nicht eben wohlwollend angerechnet wurde. Die städtischen Beamten und Angestellten haben demgegenüber dem Bürgermeister ein Vertrauensvotum ausgesprochen.

Dortmund. (Verlegung der Paßstelle des Besatzungsamtes.) Da die bisher von der Paßstelle des Besatzungsamtes im Grundstück Rosental 25 innegehabten Räume von den Franzosen beschlagnahmt worden sind, hat die Paßstelle wieder verlegt werden müssen. Sie befindet sich von heute ab innerhalb des Besatzungsamtes, Betenstr. 36, 1, Zimmer 461. Dort sind von nun an wieder die Gesuche um eine Karte zur Paßabstempelung anzubringen. Gleichzeitig sind die in letzter Zeit ausgegebenen grauen Karten, die von den Empfängern nicht rechtzeitig verwendet worden sind, ungültig geworden. Von heute ab werden lilarote Karten ausgegeben. Nur wer eine lilarote Karte bei der Stempelstelle an der Kronenburg vorzeigt, hat jetzt auf die Abstempelung seines Passes zu rechnen.

Dortmund. (Aus dem deutschen und französischen Gefängnis) wurden am 24. bezw. 25. Nov. geholt: Zuschläger Albert Lehnke, Arbeiter Theodor Rake, Otto Busch, Anton Melinarek, Heinrich Wippermann, Walter Fuchs, Otto Kornatz, Dachdecker Emil Gande und Arbeiter Hermann Peters. Es handelt sich bei all diesen Personen um Kommunisten, die aus Anlaß der letzten Unruhen wegen Waffenbesitzes bezw. Waffengebrauch in Haft genommen worden waren.

Ohle. (Ein Eifersuchtsdrama.) In Teindeln hat sich ein Eifersuchtsdrama abgespielt. Die Frau eines erst vor kurzem von Niederscheiden nach hier verzogenen Bauführers der Firma Holzmann und Co. glaubte Grund zur Eifersucht auf ihren Mann zu haben. Im Verlauf einer neuen Eifersuchtsszene griff die Frau am Montag zum Revolver ihres Mannes und schoß diesem eine Kugel durch den Hals. Die Frau gibt an, der Revolver sei nicht gesichert gewesen, auch habe sie sich selbst ein Leid damit zufügen wollen. Der Mann wurde ins evangelische Krankenhaus nach Plettenberg überführt und ist bis jetzt noch nicht vernehmungsfähig. Es soll noch fraglich sein, ob er bei dem starken Blutverlust am Leben bleibt. Die Frau wurde ins Amtsgerichtsgefängnis Plettenberg eingeliefert. Sie war zum zweitenmal verheiratet und besitzt ein Kind aus erster Ehe.

Wetteraussichten für mehrere Tage im Voraus:
1. Dez. Wolken, Sonne, nachts kalt.
2. Dezbr. veränderlich, nachts kalt.
3. Dezbr. Wenig verändert.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

26] (Nachdruck verboten.)

„Nun, ich bin jedenfalls entschlossen, mir diese Sirene aus nächster Nähe anzusehen, und ich fürchte nicht, daß ihre Zauberkünste auch mir gefährlich werden könnten. Denn es ist jetzt mein fester Wille, Gerhard von ihr freizumachen. Er ist fürwahr zu schade, um an einem koketten, herzlosen Weibe zugrundezugehen. Und er kann doch nicht so ganz verblendet sein, daß es nicht gelingen sollte, ihm die Augen zu öffnen!"

Wie ein Aufleuchten neuerwachter Hoffnung ging es über Inge Holthausens anmutiges Gesicht.

„Oh, wenn Ihnen das gelänge — wenn Sie das versuchen wollten, bis an das Ende meines Lebens würde ich Ihnen dafür danken. Ich habe meinen Bruder ja so lieb — und ich habe schon so unsäglich unter diesem Verhängnis gelitten!"

Ihre Augen hatten sich mit Tränen gefüllt, obwohl sie ersichtlich all ihre Willenskraft aufbot, um äußerlich ruhig und gefaßt zu erscheinen. Ueberwältigt von einem warm aus seinem Herzen emporquellenden Gefühl, trat der Maler auf sie zu und ergriff ihre Hand, die sie ihm ohne Widerstreben überließ. „Mein Wort darauf, Fräulein Inge, ich werde alles einsetzen, was ich einzusetzen habe, um Sie von dieser Sorge zu befreien. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen, und ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß ich seiner nicht unwert gewesen bin."

Sie hatte ihm gestattet, ihre Hand in überströmender Herzlichkeit zu drücken; nun aber zog sie sie sanft zurück.

Sie dürfen nicht schlecht von mir denken, weil ich über Gerhards intimste Angelegenheiten so offen zu Ihnen gesprochen habe! Aber ich wußte ja, daß Sie ihm ein ehrlicher Freund sind. Und dann hatte ich auch bei meinem Eintritt gehört, daß zwischen Ihnen und ihm von Luisa Magnus die Rede gewesen war. Da mußte ich wohl annehmen, daß Sie bereits erraten hätten, wie es um ihn stand."

Nur noch mit einem Kopfnicken und mit einem beredten Blick vermochte er ihr zu antworten; denn der Klang eines Schrittes im Nebengemach bereitete sie auf die Rückkehr des Doktors vor. Er war fertig zum Ausgehen gekleidet und trug die Ledertasche mit dem Verbandszeug und den Instrumenten in der Hand.

„Es scheint nicht, daß es sich um etwas besonders Gefährliches handelt," sagte er mit einer Ruhe, die eigentümlich mit seinem vorigen aufgeregten Wesen kontrastierte, „und ich werde wahrscheinlich bald zurücksein. Willst du mich hier erwarten, Rodeck?"

Es klang freundlich, aber in dem Blick, den er dabei über die beiden hingleiten ließ, war doch etwas wie Mißtrauen und Argwohn. Und er erhob keinen Widerspruch, als der Maler erklärte, daß auch er gezwungen sei, aufzubrechen. Förmlicher und gemessener, als es ohne ihr heimliches Einverständnis wahrscheinlich geschehen wäre, verabschiedete sich Hermann Rodeck von dem jungen Mädchen und verließ zugleich mit dem Freunde die Wohnung. Nur eine kurze Strecke noch gingen sie miteinander, und lediglich ein paar belanglose Worte wurden zwischen ihnen gewechselt. Holthausen erklärte, daß er mit Bestimmtheit darauf rechne, den Freund schon an einem der nächsten Tage wiederzusehen. Dann trennten sich ihre Wege.

7. Kapitel.

Schon begannen die Schleier der Dämmerung das flitterhaft übertünchte Elend des Magnusschen Salons zu verhüllen, als Wilhelm Langheld, den die Dienerin vor nahezu zwei Stunden hier eingeführt hatte, sich endlich zum Aufbruch anschickte. Er war in Kleidung und Haltung ganz der tadellose Gentleman, der einer Dame der Gesellschaft seine Aufwartung macht, und sein hageres Spitzbubengesicht zeigte jedenfalls den artigsten und verbindlichsten Ausdruck, über den es verfügte.

„Daß wir als gute Freunde auseinandergehen würden, mein gnädiges Fräulein," sagte er mit einem kleinen Lächeln, „wußte ich von vornherein. Nicht einen Augenblick habe ich im Ernst an Ihrer vernünftigen Einsicht gezweifelt."

Luisa stand am Fenster, durch die halbe Breite des Zimmers von ihm getrennt. Wie ein schneeweißer Fleck hob sich ihr schönes Gesicht aus dem Schatten der Portiere, in den sie sich absichtlich oder unabsichtlich zurückgezogen hatte. Und ihre sonst so wohllautende Stimme hatte einen merkwürdig heiseren Klang, da sie auf die freundlichen Worte des Besuchers erwiderte:

„Ich habe also Ihr Wort, daß Sie reisen?"

„Ein Brief, den Sie morgen absenden, trifft mich sicher in Triest. Und dann wird es einzig und allein von Ihnen abhängen, wann ich die Fahrt über den Ozean antrete!"

„Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß ich mich bemühen werde, diesen Augenblick so schnell wie möglich herbeizuführen. Aber Sie wissen, daß es dabei nicht allein auf meinen guten Willen ankommt. Es werden allerlei Förmlichkeiten zu erfüllen sein, und der Notar hat mir heute am Fernsprecher auf meine Anfrage mitgeteilt, daß die Aushändigung des Nachlasses vor Ablauf einiger Wochen kaum erfolgen werde."

„Gewiß! Die Gerichte und die Amtspersonen in Deutschland haben eine sehr bedauerliche Vorliebe für umständliche Prozeduren. An Verständnis für die Ungeduld eines Wartenden mangelt es ihnen leider meist ganz und gar. Nur, wenn sich's darum handelt, einen wirklichen oder vermeintlichen Verbrecher dem Arm der strafenden Gerechtigkeit zu überliefern, entwickeln sie in der Regel eine erstaunliche Behendigkeit. Wer hier das Unglück hat, in einen schlimmen Verdacht zu geraten, der ist in den allermeisten Fällen auch schon so gut wie verloren."

Der leichte Plauderton, in dem er das sagte, verriet nichts von einer bereuheten Anzüglichkeit dieser Betrachtung. Die in den Falten ihres Kleides verborgene kleine Hand der Brasilianerin aber ballte sich nichtsdestoweniger zur Faust.

(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Zerstörung der deutschen Schule.

Der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung" entnehmen wir folgenden interessanten Artikel:

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die deutsche Reichsregierung am 27. Oktober eine Verordnung zur Verminderung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung erlassen, die einen mindestens 25prozentigen Abbau der Beamtenschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert.

In letzter Stunde ruft der Deutsche Lehrerverein noch einmal das deutsche Volk zu schärfster Gegenwehr einer mechanischen und verständnislosen Uebertragung dieser Abbauverordnung auf das Schul- und Erziehungswesen der Länder und Gemeinden auf.

Schwerer Druck von außen lastet auf dem deutschen Volke. Hunger und Arbeitslosigkeit haben ihm tiefe körperliche, geistige und sittliche Wunden geschlagen. Am schärfsten wird durch alles das die Jugend getroffen. Darum muß gerade in den Tagen bitterster Volksnot für Pflege und Erziehung der Jugend alles nur Mögliche getan werden. In diesem Sinne hat der Deutsche Reichstag bei der dritten Lesung des Ermächtigungsgesetzes die Entschließung gefaßt,

„die Reichsregierung zu ersuchen, bei der notwendigen Einschränkung der Ausgaben des Reiches die große Bedeutung der Pflege der Kultur und Volkswohlfahrt und der geistigen und körperlichen Jugendpflege für die Erhaltung der nationalen Kraft im Auge zu behalten. Die diesem Zwecke dienenden Mittel dürfen erst in letzter Linie den Rücksichten der Ersparnis unterworfen werden."

Die deutschen Länder sind an der Arbeit, die Verordnung der Reichsregierung auszuführen. Der jetzt erschienene Entwurf der preußischen Abbauverordnung läßt diesen Beschluß des Reichstages völlig unberücksichtigt und bringt unserer Schule schwerste Gefahr, ja völlige Zerstörung. Tausende lebenserfahrener, rüstiger Männer und Frauen werden der dringlichsten und wichtigsten Arbeit an der Jugend entzogen, fast vierzigtausend junge Lehrer und Lehrerinnen aus der Schule entfernt; dem Erzieherstande droht durch Drosselung seines Nachwuchses Erstarrung und Stockung. Bei höheren Schulen ist der Prozentsatz noch höher.

Lehrerabbau ist Schulabbau, Schulabbau ist Erziehungsabbau!

Zahlreiche Schulen sollen aufgelöst, den Gemeinden ein großer Teil der staatlichen Zuschüsse für die Unterhaltung ihrer Schulen genommen und die Schulklassen bis zu einem Grade gefüllt werden, der eine fruchtbare Bildungs- und Erziehungsarbeit unmöglich macht. Schulunterricht und Schulerziehung werden vergröbert, die weitere Entwicklung und Neugestaltung des öffentlichen Erziehungswesens unterbunden. Und das alles in einer Zeit, in der Deutschland durch das Sinken seiner Kinderzahl auf die Hälfte einen ungeheuren Verlust künftiger Lebens- und Schaffenskraft erleidet.

Gegen diese Schulpolitik, die keine Schulpflege, sondern eine Schulverwüstung ist, rufen wir alle Volksvertretungen, alle Parteien, alle Berufsstände, alle gewerkschaftlichen und kulturellen Verbände, die gesamte Presse, das ganze deutsche Volk auf! Volksgenossen aller Stände und geistigen Richtungen, stellt Euch mit uns vor die deutsche Jugend! Schließt Euch mit uns zusammen und helft uns mit aller Eurer Kraft! Schützt mit uns die deutsche Schule!

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Lehrervereins:

Röhl, 1. Vors., Wolff, 2. Vors., Tschentscher, 3. Vors., Maeppel, Geschäftsführer. Bernstein, Blauert, Buchholz, Dreßler, Fischer, Flügel, Gärtner, Günther, Höhne, Lüpke, Menzel, J. A. Müller, W. Müller, Pretzel, Rosin, Schmidt, Schulz, Söhring, Tews.

(Wenn wir zu dieser Angelegenheit ein Wort hinzufügen dürfen, so ist es ein solches des tiefsten Bedauerns, daß man unserem Volke in seiner schweren und großen Not auch noch das letzte nehmen will: seine Schule. Wenn die oben angedeuteten Maßnahmen zur Tat werden, so wird über kurz oder lang Deutschlands geistige Weltmachtstellung rückschreitend sich gestalten und wir werden unseren Rettungsanker verlieren; denn gerade die Schule sollte heute mehr denn je der deutschen Nation zu ihrem neuen Aufstieg in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung verhelfen. Die Schriftltg.)

Aus aller Welt.

— **Hart bestraft** wurde bei dem Versuch, unter Umgehung des Zählers Gas aus der Leitung zu entnehmen, ein 60jähriger Klempner in Berlin. Er hatte das zum Gasmesser führende Hauptrohr entfernt. Das durch eine schadhafte Stelle in dem Gummischlauch entweichende Gas explodierte. Der Klempner büßte die Absicht, sich kostenlos Gas zu verschaffen, tragischerweise mit dem Tode.

— **Die „lieben" Mitmenschen.** Bei einem Rad- und Motorradrennen in St. Veit an der Glan in Kärnten wurden Lose zum Verkauf angeboten, die den Gewinn eines Motorrades in Aussicht stellten. Bei einer Ziehung stellte sich heraus, daß ein armer Volksschüler der glückliche Gewinner des Motorrades sei. Ein Herr, der dies bemerkte, kaufte dem Jungen sofort das Los für 100 000 Kronen ab, worauf der Junge freudestrahlend nach Hause lief. Er hatte natürlich keine Ahnung davon, daß er mit dem Lose Millionen österreichischer Kronen aus der Hand gegeben hatte. Die Eltern meldeten den Vorfall der Polizei, der es schließlich nach vielen Bemühungen gelang, den „wohlgesinnten" Käufer des Loses ausfindig zu machen.

— **Eine Stadt im Theater.** Die Größe eines stattlichen kleinen Ortes hat das Theater von 57 Stockwerken, das jetzt in Newyork im Bau ist. Untergrundbahn und Straßenbahnen durchqueren seine Fundamente. 61 Fahrstühle sind eingebaut. Im zweiten Stockwerk wird es eine richtige Straße geben, Boulevard der Künstler genannt, mit Musik- und Buchläden. Ein Postamt, eine Bibliothek, Gasthäuser und eine Rettungswache sind in dem Theater untergebracht.

— **Einer argen Enttäuschung** aus eigener Schuld fiel eine Frau in Berlin zum Opfer. Vor dem Kriege war ihr Ehemann nach Amerika ausgewandert. In der ganzen Zeit erhielt die Frau kein Lebenszeichen von ihm. Jetzt langte unverhofft ein Paket von ihm an, das nichts weiter enthielt, als sein eingerahmtes Bild. Aus Aerger darüber, daß nicht mal ein Schreiben beilag, warf die Frau das Bild ins Feuer. Sie wollte nichts mehr von ihrem Manne wissen. Eine Stunde später traf ein Brief ein, in dem sich der Ehemann beklagte, daß seine Frau keinen seiner Briefe beantwortete, sie solle doch wenigstens schreiben, ob sie zu ihm nach Amerika kommen wolle; es ginge ihm doch so sehr gut. Dann bemerkte er, er habe ihr diesmal gleich 500 Dollar geschickt. Diese seien in der Rückwand seines eingerahmten Bildes versteckt, das er ihr extra als Paket zusende. (Das wäre jetzt ein Vermögen von etwa 2000 Billionen Mark.) Der Frau ging der Verlust und alles andere so nahe, daß sie sich erhängte.

— **In Frankreich** wird sehr wahrscheinlich nun doch noch die Junggesellensteuer zur Einführung gelangen. Die Budget-Kommission der Kammer hat sich neuerdings für diesen Plan ausgesprochen, wie dies schon mehrfach geschah. Sie schlägt vor, von allen Junggesellen über 30 Jahren einen Steuerzuschuß von 20 Prozent zu erheben. Jungfrauen sollen von der Steuer befreit bleiben.

— **In Texas** hat sich ein „Bund weiblicher Bankiers und Bankbeamter" gebildet. Ein Zeichen, wie groß die Zahl der Frauen im Bankgewerbe in Amerika bereits sein muß. Tatsache ist, daß schon vier Frauen die Stellung einer Präsidentin bei großen Banken einnehmen.

— **Ein arabischer Salomo.** In seiner Sterbestunde befahl ein alter Araber seine drei Kinder zu sich und vermachte ihnen als Erbe siebzehn Kamele, die sein ganzer Reichtum waren. Imam sollte die Hälfte der Zahl der Kamele erhalten, Ismael ein Drittel und Hassan ein Neuntel. Als der Alte dann gestorben war, ging man alsbald zur Teilung, aber die Brüder kamen nicht zurecht, da die Zahl 17 weder durch 2 noch durch 3 noch durch 9 teilbar ist. Es entstand ein großer Streit, währenddessen auf einem Kamel ein heiliger Derwisch vorbeigeritten kam. Auf die Bitte der Brüder erbot er sich, den Streit zu schlichten. Allah lobsingend führte er sein eigenes Kamel zu den 17, so daß es nun 18 waren. Jetzt gab er dem Imam die ihm zukommende Hälfte = 9 Kamele, dem zweiten, Ismail, ein Drittel = 6 Kamele, und dem Jüngsten, Hassan, ein Neuntel = 2 Kamele. Das waren zusammen 17 Kamele. Sein eigenes Kamel blieb übrig. Er nahm es wieder an sich und ritt von dannen. Wie ist die Teilung zu erklären?

Elsaß-Lothringen 5 Jahre französisch.

Die Trikolore
auf dem Straßburger Münster.

Am 22. November 1918 sind die französischen Truppen in Straßburg eingezogen.

Wehet, wehet, welsche Fahnen,
In die Ferne weit hinaus
Und verkünder siegesjubelnd
Deutsche Schande deutschem Haus!

Wenn vielleicht dort drüben einer
Ihnen zorn'ge Tränen weiht,
Der soll lernen: Durch die Buße
Geht die Tür zur bessrem Zeit!

Ei, so wehet nur, welsche Fahnen,
Aus der Nacht entsteigt der Tag,
Wo empor der deutsche Adler
Sich erhebt mit mächt'gem Schlag.

Wo er schlägt die starken Klauen
In des Domes Felsenkleid
Und verkünder siegesjubelnd
Deutschlands neue Herrlichkeit!

Dieses Bekenntnis unerschütterlichen Glaubens ist verfaßt von dem elsässischen Sänger Karl Hackenschmidt im Jahre 1859!

Allerlei Humor.

Ein „Opfer" des Streiks. Rechtsanwalt: „Ihre Sache steht ungünstig. Einige Jahre Zuchthaus. Und bei Ihrem Alter! Weshalb haben Sie sich nicht das Leben genommen?" — Klient: „Das wollt' ich ja und hatte mich schon so schön zurechtgelegt — da kam der Gasstreik."

Naturkunde. Lehrer: „Was würde geschehen, wenn die Sonne erlöschen würde?" — Der kleine Max: „Dann würden die Kohlen noch teurer werden."

Letzter Wunsch. Zuchthausdirektor: „Haben Sie noch einen letzten Wunsch?" — „Ich möchte gerne, daß von meiner Hinrichtung Notgeldscheine angefertigt werden!"

Statt jeder besonderen Anzeige!



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten, was man hat,
Muß scheiden.

Gestern abend 7 Uhr verschied sanft und gottergeben meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter und Tante

Frau Wilhelm Schneider

Minna geb. Bremshey

im Alter von fast 81 Jahren. 3376

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Westheide, Schwerte, Villigst, Hennen, Düsseldorf und Berlin, den 30. November 1923.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 1. Dezember 1923, 2½ Uhr vom Trauerhause aus, und um 4 Uhr auf dem Friedhof in Schwerte statt.

Lichtspiele zur Reichskrone

Freitag – Montag
Das große Weltstadtprogramm:
1.
Orginal amerikanischer Wild-Westfilm
Knickerbockers Irrfahrten!
Sensations Wild-West-Film in 5 Akten.
2.
Die Sängerin!
5 Akte nach der gleichnamigen Novelle von Wilhelm Hauff
3.
Das Beste vom Besten
Larry Semom auf d. Brautschau
Amerikanische Groteske in 2 Akten
Tränen werden gelacht!

Lichtspiele zum alten Rathaus

Freitag, Samstag, Sonntag.
Auch uns ist es gelungen ein erstklassiges Programm zusammenzustellen in zwei atemberaubende u spannende Abenteuerfilme.
1.
Der goldene Skorpion!
Abenteuerfilm in 7 gewaltig spannenden Akten nach dem gleichnamigen Roman von Reinhard Repke
2.
Die Flucht des Patrik Bower!
Detektiv- u. Abenteuerfilm in 6 gewaltigen Akten

Echte Paderborner Landbrote!

7½ Pfund schwer. Hergestellt aus garantiert 50% Weizen, 50% Roggen, beides zusammen 70%ig ausgemahlen, weit und breit wegen des vorzüglichen Geschmackes bekannt und begehrt, wöchentlich bis zu 6000 Stück liefert gegen Vorauszahlung in Rentenmark, leistungsfähiges Kornhaus. Lieferung erfolgt prompt in Eilwaggons zum Notstands-Frachtguttarif. Reelle Firmen, welche den Vertrieb Zug um Zug übernehmen wollen, wollen sich melden unter Nr. 3381 an die Geschäftsstelle.

1924
Soennecken-Kalender!

Jetzt ist es Zeit,
daß Sie Ihren Ersatz-Block bestellen!
Lösen Sie das letzte Blatt Ihres Kalenders mit der Fabriknummer ab und senden Sie es unverzüglich an unsere Geschäftsstelle
Gr. Marktstr. 3

Buchhandlung Carl Braus.

Krieger-Verein
Sonntag, 2. Dezember, abends 8 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
u. a. Vorstandswahl, Satzungsänderung
3380 Der Vorstand.

Haus- und Grundbesitzer-Verein, Schwerte.
Sonntag, den 2. Dez. 1923 11 Uhr in der Reichskrone
General-Versammlung
Aeußerst wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Tüchtige jüngere
Verkäuferin
und Lehrmädchen mit guter Schulbildung aus achtbarer Familie gesucht
D. Treu, Nachf.

Seifen- und Schuhcreme-Fabrikation im Hause richten wir ein
Dauernde und sichere Existenz, besondere Räume nicht nötig. Auskostenl. Rückporto erwünscht
Chemische Fabrik
Heinrich & Münkner, Zeiß-Aylsdorf.

Heute morgen 8¾ Uhr entschlief nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unser lieber Onkel,
der Rentner
Diedrich Krämer
im 76. Lebensjahre 3375

Im Namen:
Familie Ww. Friedrich Börstinghaus
Bohlgarten 1.

Schwerte (Ruhr), den 29. November 1923.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr vom Sterbehause, Große Marktstraße 10, aus, statt.

Von Kranzspenden bitte ich im Sinne des Verstorbenen absehen zu wollen.

Celluloid-Etuis
für Monats-Fahrkarten
Personalausweise etc
in Größen 6×8 cm, 8×11 cm, 11,5×17 cm
empfiehlt
Buchhandlung Carl Braus.



Burgau's Mode-Führer
mit 20 Gratis-Schnitten auf großem Bogen
Bd. I Damen-Kleidung • Bd. II Kinder- u. Jungmädchen-Kleidung.
Überall zu haben, sonst durch Nachnahme vom
Verlag Otto Burgau, Leipzig-R.